

DIE MACHTÜBERNAHME DER GEGENREVOLUTION UND DER AUSBAU IHRER GEWALTORGANE IM BUDAPESTER RATHAUS (1919 — 1921)

von
GYULA STEMLER

Die sich überstürzenden Ereignisse nach dem Sturz der Räterepublik haben die vorherigen Erwartungen der bürgerlichen Demokratie und der Sozialdemokratie nicht bestätigt. Die Regierung Peidl vertrat weder in ihrer Konzeption, noch in ihrer Praxis eine Politik, die in der Lage gewesen wäre die sich immer mehr entfaltende gegenrevolutionäre Bewegung einzudämmen, oder zum Stehen zu bringen. Die von der Entente erwartete Unterstützung blieb ihnen versagt, und so konnte auch ihre Macht nur eine provisorische und beschränkte sein. Die einzige nennenswerte Kraft stellten die sich organisierenden Gegenrevolutionäre dar, in dem sie ihre Machtambition auch mit Waffengewalt bekräftigen konnten. Die Frage war allein die, welche der verschiedenen rechtsorientierten politischen Gruppen fähig ist die Initiative zu ergreifen und die für sie unannehmbare Regierung zu beseitigen. Obwohl Peidl alles daran setzte die Erfolge der Arbeitermacht tunlichst rasch verschwinden zu lassen, blieb seine Lage auch weiter labil. Neben der Verfolgung der Kommunisten setzte er die Wiederherstellung der vor der bürgerlichen Revolution des Jahres 1918 bestandenen Verhältnisse zu seinem Ziel. Er liess sämtliche Gegenrevolutionäre auf freien Fuss setzen, errichtete die vormalige Polizei wieder, löste die Rote Miliz auf, und stellte an die Spitze der Budapester Polizei den von seiner gegenrevolutionären Gesinnung bekannten Károly Dietz. Mit der raschen Abrüstung der noch vorhandenen bewaffneten Kräfte eilte er den vordringenden rumänischen Truppen zu Hilfe. Am 6. August 1919 beseitigte die von István Friedrich geführte Budapester gegenrevolutionäre Gruppe durch einen militärischen Handstreich die Regierung Peidl, und damit begann der gegeneinander geführte Kampf der antirevolutionären Kräfte um die Macht.

Auch im Leben der Hauptstadt trat eine Änderung ein. Die erste Massnahme des Magistrats der Haupt- und Residenzstadt Budapest war die Bestrafung der Beamten und Angestellten, die zur Zeit der Räterepublik tätig waren. Mit seinem Beschluss Nr. 96.114/1919. I. verfügte er, dass die während der Diktatur des Proletariats Angestellten von ihrem Posten sofort zu entfernen sind, und ihnen „keinerlei Bezüge zugewiesen

werden dürfen“. Der Magistratsbeschluss Nr. 96.115/1919. vom 7. August 1919. aber besagt, dass „gegen sämtliche Angestellte des öffentlichen Dienstes bzw. der Institutionen, Betriebe und Unternehmen, die während der Diktatur des Proletariats und in dessen Auftrag, sei es bei der Hauptstadt oder anderwärts eine leitende Stellung mit einem grösserem Wirkungsbereich eingenommen haben als in ihrer früheren Anstellung, oder an den kommunistischen Bewegungen aktiv teilgenommen haben, das Disziplinarverfahren bei gleichzeitiger Suspendierung sofort einzuleiten ist“.¹ Die Verordnung der Regierung Friedrich vom 8. August erklärte, dass „alle autonomen Körperschaftsorgane, sowie sämtliche Personen, die am 30. Oktober 1918. entweder aufgrund einer Wahl, oder einer Ernennung einen amtlichen (behördlichen) Wirkungskreis eingenommen haben, verpflichtet sind ihre Tätigkeit unverzüglich aufzunehmen“.² Man begann das Verhalten der hauptstädtischen Angestellten während der Räterepublik zu untersuchen, wozu besondere Kommissionen gebildet wurden.³

Im Verlauf der zwischen August und November 1919 geführten Verhandlungen wurde es auch der Entente klar, dass die sozialdemokratischen und liberal-demokratischen bürgerlichen Kräfte unter den gegebenen Verhältnissen der Lage nicht Herr werden können, daher traten immer mehr die Szegeder Sonderkommandos als in Betracht kommende Machtfaktoren in den Vordergrund. Im kommunalen Leben der Hauptstadt änderte sich die Lage insofern, dass im November 1919 die „Egyesült Keresztény Nemzeti Liga“ (Vereinigte Nationale Christliche Liga) gegründet wurde, die zum Führer der christlichen Parteien Károly Wolff wählte.⁴ Anhand ihrer Tätigkeit tauchten immer wieder neue Gestalten mit christlichem und nationalem Programm auf. Neben dem bereits erwähnten Károly Wolff begannen auch András Csilléry, Jenő Sipőcz, Jenő Zilahy-Kiss, Jenő Kozma hier ihre Tätigkeit, ja selbst Pál Teleki finden wir hier. Gleichzeitig mit dem am 16. November erfolgten Einzug der Sonderkommandos nach Budapest verliessen die rumänischen Truppen die Hauptstadt. Ende November kam Károly Huszár an die Spitze des Kabinetts.

Die im Januar 1920 durchgeführten Wahlen endeten mit dem Sieg der Horthy-Clique, somit konnte die neue, gegenrevolutionäre Regierung gebildet werden. Am 1. März wurde der Oberfeldherr Miklós Horthy von der Nationalversammlung – unter den bekannten Umständen – zum Reichsverweser gewählt.⁵ Damit wurden alle Hoffnungen zunichte, dass die Horthy-Clique ihre Erklärung vom November 1919, wonach der Einzug der Sonderkommandos in die Hauptstadt nicht den Beginn der Militärdiktatur bedeute, dass sie sich der Regierung unterstellen werden, dass die Nationalarmee den Grundsatz der Gleichheit der bürgerlichen Rechte vertrete und diese zu wahren geneigt sei, ernst meint.⁶

Am 15. März 1920 ernannte Horthy die neue Regierung, deren Ministerpräsident Sándor Simonyi-Semadam, mitglied der „Keresztény Nemzeti Egyesülés Pártja“ (Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung – im weiteren KNEP) wurde. Die Regierung begann neben dem

Versehen der Landesangelegenheiten mit der Regelung der Lage der Hauptstadt. Als erster Schritt wurde der im August 1919 zurückgekehrte Bürgermeister Tivadar Bódy beiseite gestellt, und an seine Stelle in der Person von Jenő Sipőcz ein Regierungskommissar ernannt. Schon die Einführung der Institution eines Regierungskommissars wies darauf hin, dass die sich nun etablierende politische Macht nicht gewillt ist die Führung der Angelegenheiten dort fortzusetzen, wo die liberal-demokratische städtische Leitung damit aufgehört hat. Der Status eines Regierungskommissars stellte eine für die Stadtverwaltung und für die Selbstverwaltung völlig fremde und neue, vor allem dem Ausbau der unbeschränkten Macht dienende Methode der Autonomie gegenüber dar. Es begann die Säuberung der städtischen Verwaltung von den dem christlich-nationalen Gedanken fremden Elementen. In den Jahren 1919–1920 werden gegen die Beamten, Angestellten, Volks- und Mittelschullehrer, Werktätigen des Rathauses fortlaufend Disziplinarverfahren eingeleitet, um an deren Stelle die verlässlichsten Personen der Gegenrevolution zu setzen.⁷ Der bereits in Gang gesetzte Prozess erforderte ausser der Beamtenschaft auch eine Umgestaltung der Stadtversammlung. Hierzu wären jedoch Neuwahlen nötig gewesen, doch selbst die bestehenden, noch vom Ende des 19. Jahrhunderts stammenden Gesetze boten keine Gewähr dafür, dass ein antirevolutionär gesinnter Stadtapparat, besonders aber eine solche Munizipalversammlung zustandegebracht werden könnte. Deshalb griff man zur Methode eines neuen Gesetzes, dessen Verabschiedung mittels des bei der Wahl des Reichsverwesers bereits wohlbewährten Abstimmungsmechanismus der Nationalversammlung gewährleistet werden konnte.

Unter der Leitung des Regierungskommissars Sipőcz, der sein Amt am 24. März angetreten hatte, begann man die neue Gesetzesvorlage über die Haupt- und Residenzstadt auszuarbeiten, um die Belange der Hauptstadt endgültig zu regeln. Im Juni 1920 verabschiedete die Nationalversammlung die Gesetzesvorlage, und somit kam der Gesetzartikel Nr. IX. vom Jahre 1920 „Über die Neubildung des Munizipalausschusses der Haupt- und Residenzstadt“ zustande.⁸ Das Gesetz trug die Kennzeichen des sich entwickelnden gegenrevolutionären Systems an sich. Der Stand des Munizipalausschusses (Vollversammlung) wurde mit 240 gewählten und 22 ernannten Mitgliedern festgesetzt. Hierzu kamen noch die Würdenträger der Hauptstadt, natürlich alle im Besitze des Stimmrechtes.⁹ Für die Gesetzgeber wurde zur wichtigsten Bedingung der Mitgliedschaft die absolute Verlässlichkeit für das Regime. Das Gesetz schaffte wohl den Virilismus ab, doch konnte es mit den ernannten Mitgliedern und den Würdenträgern den gewählten „oppositionellen“ Mitgliedern das Gleichgewicht halten. Der G. A. 1920: IX. bestimmte das Wahlrecht noch aufgrund der – zum Teil als demokratisch anzusprechenden – Wahlrechtsverordnung vom Jahre 1919. So konnten auch die Frauen abstimmen, und die Wahl war geheim.¹⁰ Das passive Wahlrecht wurde aber wesentlich verschärft, demzufolge nur Kandidaten über 30 Jahren, die eine zehnjährige Staatszugehörigkeit nachweisen konnten und vor dem Krieg in der Hauptstadt wohnhaft waren, aufgestellt werden. Was die Art und

Weise der Wahl betrifft, bestimmte das Gesetz, dass „die Wahl – aufgrund des Proportionalvertretungssystems – nach Verwaltungsbezirken zu erfolgen hat. Jeder Wahlbezirk wählt 24 ordentliche und 6 Ersatzmitglieder. Der Wahl geht eine Kandidatur bevor. Kandidaten können mindestens 1 000, im betreffenden Wahlbezirk wohnhafte Wähler schriftlich empfehlen ... Die Stimmenabgabe erfolgt nicht auf die einzelnen Kandidaten, sondern auf die einzelnen Listen ... In jedem Wahlbezirk haben die Parteien im Verhältnis der auf sie abgegebenen Stimmen, die einzelnen Kandidaten hingegen in der auf der Parteiliste angegebenen Reihenfolge Anspruch auf die Beauftragung.“¹¹ Die Bedingung der Staatsbürgerschaft und der Ortsansässigkeit für das passive Wahlrecht, sowie die Abstimmung nach Verwaltungsbezirken benachteiligten in gleicher Weise die Arbeiterschaft der Hauptstadt. Im Falle der Arbeitslosigkeit sind es ja in erster Linie die Arbeiter, die gezwungen sind die Hauptstadt für kürzere oder längere Zeit zu verlassen, und somit dem Kriterium der ununterbrochenen Ortsansässigkeit nur schwer entsprechen konnten. Andererseits konnten die Verwaltungsbezirke, ungeachtet ihrer unterschiedlichen Bevölkerungszahl, die gleiche Anzahl von Ausschussmitgliedern wählen, wobei auch vor allem jene Tatsache zu berücksichtigen ist, dass die von Arbeitern bewohnten Bezirke am dichtesten bevölkert sind. Damit schuf das Gesetz ein Gegengewicht für die relativen Zugeständnisse bei dem Wahlrecht und dafür, dass die Wahlen geheim waren. Eine der reaktionärsten Bestimmungen des Gesetzes enthielt der § 23. Dieser besagte, dass „der Innenminister auf Antrag oder nach Anhören des Oberbürgermeisters (Regierungskommissars) berechtigt ist den Munizipalausschuss aufzulösen, falls der Munizipalausschuss ein Verhalten bekundet, das die Staatsinteressen oder das Wohl der Hauptstadt gefährdet, oder ein erfolgreiches Wirken der öffentlichen Verwaltung ausschliesst“.¹² Die Inartikulierung des Auflösungsrechts des Innenministers liess die Ziele der im Ausbau befindlichen Macht schon klar erkennen. Die elastische Formulierung des zitierten Teils ermöglichte es der Regierung den Munizipalausschuss, der einen ihr nicht entsprechenden Beschluss fasst, auszuschalten. Mit der Systemisierung der Institution des Regierungskommissars aber war die Möglichkeit einer Einmannleitung geschaffen. Die diktatorischen Bestrebungen bekamen also im Rathaus schon im Jahre 1920 grünes Licht, indem die städtische Selbstverwaltung verworfen und dadurch der Entfaltung der gegenrevolutionären Diktatur auf Landesebene zuvorgekommen wurde. Auch sonstige Bestimmungen des Gesetzes dienten der Zurückdrängung der Demokratie. Das Gesetz selbst wurde am 15. Juni 1920 verkündet, und kurze Zeit darauf fanden die hauptstädtischen Munizipalwahlen statt.

Die Wahl vollzog sich am 11. und 12. Juli 1920, und brachte einen Sieg der christlichen Kräfte. Hierbei spielte auch der Umstand eine Rolle, dass sich die Sozialdemokratische Partei – ähnlich wie bei den Nationalratswahlen im Januar – als Protest gegen den antirevolutionären Terror den Wahlen fernhielt. Was das ziffernmässige Ergebnis betrifft, erhielten die christlichen Parteien – die KNEP und die „Keresztény Községi Párt“

(Christliche Gemeindepartei – im weiteren KKP die hauptstädtische Partei Károly Wolff's) – 157 der 240 Mandate, die Friedrich'sche „oppositionelle“ christliche Partei 10, und schliesslich die liberal-demokratischen Parteien und Gruppen 73 Mandate.¹³

Bei den Wahlen hielt sich mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten den Urnen fern. Das Fernbleiben der Sozialdemokratischen Partei erwies sich in der gegebenen Lage nicht für die günstigste taktische Konzeption. Der im Sommer angekündigte grosse internationale Boykott hätte im Wahlkampf eine günstige politische Unterstützung bedeutet. Dezső Nemes begründet in seinem Werk die Stellungnahme der SDP damit, dass „... die sozialdemokratische Parteileitung einen schärferen politischen Kampf mit den Regierungsparteien mied, und ihre Loyalität der Regierung gegenüber wiederholt demonstrierte“.¹⁴

Der neue hauptstädtische Munizipalausschuss hielt am 11. August 1920 seine konstituierende Versammlung, wo Károly Wolff, der Führer der KKP eine Programmrede hielt, in der er die mit der Gemeinde verbundenen Konzeptionen seiner Partei umriss. Dem Programm gemäss ist die erste Aufgabe der Partei „eine auf der Grundlage der christlichen Weltanschauung erfolgende Erneuerung“ der Beamtenschaft, die Verkündung eines „positiven Christentums“, das eine *institutionelle Gewähr*, dafür *bietet*, dass „eine derartige Ausschwenkung der menschlichen Entwicklung im gesamten gesellschaftlichen und politischen Leben zukünftig ein für allemal unmöglich sei“.¹⁵ Dies bedeutete in Wirklichkeit die christliche, nationalistische, chauvinistische und antisemitische Einstellung der Partei, sowie ihr Programm in diesem Sinne, das sie auf hauptstädtischer Ebene mit Hilfe des Beamtenapparats der Hauptstadt, institutionell anerkannt verwirklichen will. Neben der KKP vertraten die liberalen bürgerlichen Parteien und Gruppen, unter der Leitung von István Bárczy, Marcell Baracs und Vilmos Vázsonyi, die Opposition. Die Friedrich'sche christliche Opposition griff während des Wahlkampfes – hauptsächlich aus Gründen der Propaganda und der Wahlagitation – das bestehende und sich kräftigende antirevolutionäre System an, tatsächlich kämpfte sie aber nur darum, einen grösseren Anteil von der Macht zu bekommen. In der Versammlung wies sie das Bündnis mit der Wolff-Partei nicht zurück.

Am 1. September 1920 wählte der Munizipalausschuss die neuen Würdenträger der Hauptstadt. Bürgermeister der Hauptstadt wurde Dr. Jenő Sipőcz, der gleichzeitig auch die Geschäfte des Oberbürgermeisters versah.¹⁶ Bei der Besetzung der kleineren Ämter überging die Partei unorientiert und kritiklos die alten Fachmänner, mit der Begründung, dass sie „... Juden, oder an der Revolution beteiligt, oder zumindest Kreaturen Bárczy's seien“.¹⁷

Kurz nach der Beamtenneuwahl begann die Leitung der KKP die Verwirklichung ihres Programms zu verkünden. 25% der provisorischen Angestellten der Hauptstadt wurden entlassen, sodann liess sie den Beamten und den Mitgliedern des Magistrats Briefe zugehen, in denen sie aufgefordert wurden der KKP beizutreten.¹⁸ Die Disziplinarverfahren und

Entlassungen werden fortgesetzt, im günstigeren Falle begnügen sie sich mit der Versetzung in den Ruhestand der ihrer Meinung nach minder Kompromittierten. Damit nimmt die fast fünf Jahre dauernde Alleinherrschaft der auf christlicher Grundlage organisierten Leitung des Rathauses in Budapest ihren Anfang.

Schon in der ersten Phase des Aufbaues des gegenrevolutionären Systems tritt das Bestreben offensichtlich zutage, die verschiedenen Staats-Körperschafts- und Verwaltungsapparate in den Händen der Regierung zu konzentrieren. Die zentrale Staatsmacht allein reichte zum Schutze der bestehenden Ordnung nicht immer aus, daher wurden Mittel und Wege gesucht, mit deren Hilfe diese Aufgaben verlässlich gelöst werden können. So traten in erster Linie die Umgestaltung und Reformierung der bestehenden Gebiets- und Körperschaftsautonomien in den Vordergrund, welcher Vorgang in bezug auf die Hauptstadt gut verfolgt werden kann. Die sich entwickelten Rechtsnormen und auch die sich in der Funktion der Selbstverwaltungsorgane bereits herauskristallisierten Methoden wurden einfach beiseite getan, und an deren Stelle werden den Interessen des gegenrevolutionären Systems entsprechende Rechte und Methoden angewandt. „Die Beseitigung des noch vorhandenen geringen politischen Einflusses der Gebietskörperschaften ging in der Weise vonstatten, dass deren leitende Organe mit gesetzlichen Massnahmen durch Körperschaften abgelöst wurden, die vom Gesichtspunkt der Klassenherrschaft aus verlässlicher waren.“¹⁹ Darüber hinausgehend wurden die Verwaltungsaufgaben der Gebietskörperschaften „verstaatlicht“, das heisst in die Hände des Staatsapparats übergeben, ihre Fachverwaltungsbefugnisse stufenweise eingeschränkt, bis sie verkümmerte. Hinsichtlich unseres Themas ist diese Erscheinung – auch in Berücksichtigung der späteren Periode des gegenrevolutionären Systems – auf Ebene der Gesetzgebung und Rechtsetzung gut fühlbar und nachweisbar. Die Umgestaltung der Selbstverwaltung der Hauptstadt wurde im ersten Jahrzehnt des anti-revolutionären Regims mit den G. A. IX. v. Jahre 1920 eingeleitet,²⁰ sodann mit dem G.A. XXVI. v.J. 1924²¹ fortgesetzt und schliesslich mit dem G.A. XVIII. v.J. 1930²² abgeschlossen. Die Legalisierung der Institution des Regierungskommissars, ferner die Ausweitung der Rechtsbefugnisse des Oberbürgermeisters und Bürgermeisters weisen immer mehr auf die Methode der Einmannleitung hin. Im Falle der Autonomien tritt dies darin zutage, dass der zahlenmässig grösseren Körperschaft (Vollversammlung) bloss eine beratende Rolle zukommt, bzw. dass die Möglichkeit geboten wird in wesentlichen Fragen diese Körperschaften zu umgehen. Eine weitere Art der Umgestaltung erweist sich darin, dass die Zahl der gewählten Mitglieder sehr wesentlich herabgesetzt wurde (z.B. der G.A. IX. v.J. 1920 verringert die Zahl der gewählten Mitglieder von 400 auf 240), dass die Institution der Erbmitgliedschaft und die Ernennungsbefugnis des Reichsverwesers (bei der Auswahl der von den Interessenvertretungen, Institutionen usw. vorgeschlagenen Mitglieder) eingeführt wurde, und dass die Regierung – durch den Innenminister – eine politische, wirtschaftliche und verwaltungsmässige Aufsicht über den

Selbstverwaltungen ausübt. Die entscheidendste Waffe des staatlichen Eingreifens ist jedoch das Auflösungsrecht, das der § 23. des Gesetzartikels IX. vom Jahre 1920 in die Hände des Innenministers legte, zuerst in der Hauptstadt, der § 36. des Gesetzartikels XXX. vom Jahre 1929 dehnte jedoch dieses Recht auf sämtliche Munizipien aus.²³ Das hauptstädtische Gesetz vom Jahre 1930 schaltet ein neues Organ in den Verwaltungsorganismus von Budapest ein, den sog. „Munizipalrat“, der die wichtigeren Angelegenheiten endgültig den Händen des Munizipalausschusses entnimmt. Der Munizipalrat betätigt sich unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters, seine Mitglieder rekrutieren sich – wie das Gesetz besagt – einerseits aus Mitgliedern des Munizipalausschusses, jedoch so, dass die Vollversammlung nur 20 Mitglieder aus ihren eigenen Reihen wählt, sechs hingegen werden vom Oberbürgermeister ernannt, anderseits gehören ihm als Mitglieder auch die Vizebürgermeister und der Bürgermeister an. Die politische Zusammensetzung der Vollversammlung kann somit ausser acht gelassen werden, auch wenn diese für die bestehende Macht nicht die günstigste ist, da dem die vom Oberbürgermeister ernannten Mitglieder und die obersten Beamten ein Gegengewicht bieten.

Die gesellschaftliche Basis des gegenrevolutionären Systems – und damit auch der hauptstädtischen Christlichen Gemeindepartei – bildeten zum überwiegenden Teil die Staatsbeamten, die Beamten des öffentlichen Dienstes und die Privatangestellten. Ihre politische Stärke ergab sich – ausser ihrer grossen Zahl – aus ihrem bedeutenden gesellschaftlichen und staatlichen Einfluss. In der Kräftigung des christlichen Kurses der Hauptstadt übernahmen sie eine ansehnliche Rolle, daher ist es nicht uninteressant ihr gesellschaftliches Image kurz zu überblicken.

Bezüglich der Herkunft der Beamten des öffentlichen Dienstes stimmen sämtliche Studien und Bearbeitungen darin überein, dass ihre massenweise Entwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfolgte. Anfang des 20. Jahrhunderts vermehrten und kräftigten sie sich weiter. Ihre Entwicklung und ihr zahlenmässiges Wachstum stand in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der bürgerlichen Staatsverwaltung, der öffentlichen Verwaltung. Parallel mit der bürgerlichen Entwicklung setzte eine umfangreiche Verarmung des Mitteladels ein, und eine – der adeligen Herkunft entsprechende – Lebensmöglichkeit war ihr Einbau in die anwachsenden Staats-, Komitats- und die städtischen Ämter. Die durch die kapitalistische Entwicklung gebotenen Möglichkeiten, wie das Gebiet der Industrie und des Handels, sowie die herkömmlichen „bürgerlichen Berufe“ waren für die Gentry-Gesinnung unannehmbar. „All ihr Bestreben war, sich ihren herrschaftlichen Wohlstand und ihre Vorzugsstellung, die sie durch den Verlust des Grundbesitzes verloren hatten, wieder zu sichern. Wenn dies nicht gelang, soll wenigstens der Schein, die Ausserlichkeit gewahrt werden.“²⁴ Nach dem Ausgleich trafen die Konzeptionen des im Ausbau befindlichen Staatsapparats und des verarmenden Mitteladels aufeinander, und die Gentry belagerte förmlich die neuen Ämter. Dies überstieg häufig ein gesundes Auffüllen, indem – wie hierüber Ottó Szaboles schreibt – „... die Erhöhung der Anzahl

der Staatsämter sehr häufig nicht von dem Bedarf der Verwaltung, sondern von den Anstellungsbestrebungen solcher bestimmt war, die über gute Familienbeziehungen verfügten, — und welchem Gentry mangelte es an guten Beziehungen!“²⁵ Selbst die bürgerlichen Geschichtsschreiber sind gezwungen diese Tatsache anzuerkennen, so schreibt z.B. István Weis, dass in der Vorkriegszeit die Zahl der Beamten das Dreifache jener war, die zur Erledigung der Geschäfte nötig gewesen wäre.²⁶ Die Bürokratisierung der bürgerlichen Verwaltung steigerte diesen ungesunden Prozess nur noch weiter, und entwickelte ihn in den ersten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zu einem krankhaften Auswuchs, statt dass sie ihn auf ein dem Bedarf entsprechendes Mass vermindert hätte.

Die Schichte der ungarischen öffentlichen Beamten nach dem Weltkrieg war die zuverlässigste Stütze des gegenrevolutionären Systems. Ihre politische Überzeugung war ausgeprägt konservativ, und das ist gleichbedeutend damit, dass sie sich der jeweiligen Macht bedingungslos unterwarf, anderseits gegen progressive Bestrebungen jeglicher Art war. Neben ihrem politischen Konservatismus behielt sie ihre gesellschaftliche Sonderstellung, eine gewisse Verslossenheit auch weiterhin bei. Die Laufbahn eines öffentlichen Beamten sicherte ihr — zumindest in der Vorkriegszeit — einen günstigen Lebensunterhalt, eine gemächliche Lebensform, einen langen bezahlten Urlaub, ferner nach geleistetem Dienst eine Altersrente. In ihrer Lage brachte die Beendigung des Weltkriegs eine Änderung. Neben eines gewaltigen Anstiegs ihrer Zahl, entstand in den Beamten, die aus den im Sinne des Friedensvertrags von Trianon abgetrennten Gebieten heimströmten, den heimischen eine Konkurrenz. Die Staatsverwaltung benötigte nur einen Bruchteil der Beamten, für die Unterbringung des Restes vermochte auch das antirevolutionäre Regime nicht entsprechend sorgen.

In der schwierigsten Lage war — in dieser Hinsicht — die Hauptstadt, aber auch die staatlichen und öffentlichen Ämter des Landes konnten diese gewaltige Menge nicht aufnehmen. Die Lösung wurde auch dadurch erschwert, dass eine Bedingung der wirtschaftlichen Konsolidierung des Landes die Verringerung des angewachsenen Beamtenapparats war. Der Völkerbund stellte dies als eine Bedingung für eine dem Lande zu gewährende Anleihe. Gewisse Hilfsaktionen werden angekurbelt, als Folge der wirtschaftlichen Stabilisierung gestaltete sich die Lage der Beamten etwas günstiger, tatsächlich aber formulierte die Regierung die Lösungsmöglichkeiten nur in Parolen und nicht im praktischen Handeln. In den zwanziger Jahren verschlechterte sich die Lage der öffentlichen Angestellten zusehends, ihr Lebensunterhalt konnte nur durch ein System ausserordentlicher Zuwendungen des Staates gesichert werden. Mit der in den ersten Jahren des gegenrevolutionären Regimes einsetzenden grossen Inflation, der rapiden Entwertung der Krone und dem sprunghaften Anstieg der Preise konnten die Gehälter nicht Schritt halten. Ottó Szaboles weist nach, dass eine vierköpfige Beamtenfamilie monatlich 301,72 Pengő benötigte, um sich eine dem mittelmässigen bürgerlichen Niveau entsprechende Lebensweise sichern zu können.²⁷ Diese Angabe bezieht sich

auf Budapest, da in der Provinz der Lebensunterhalt auch mit einem etwas geringerem Betrag gesichert werden konnte (billigere Wohnungsmiete, niedrigerer Lohn der Angestellten, geringere Lebens- und Haushaltskosten usw.). In den zwanziger Jahren sprach man also nicht nur zufällig von einem „Beamtenelend“. Die meisten geflüchteten Beamten suchten in der Hauptstadt Zuflucht. Sie sind genötigt jahrelang in den auf den Bahnhöfen stehenden Eisenbahnwaggons zu wohnen und ihren Lebensunterhalt aus den Zuwendungen der für sie organisierten verschiedenen Hilfsaktionen zu decken. Obwohl die Naturalunterstützung der Beamten auf Landesebene organisiert wurde, und man bestrebt war die schwierige materielle Lage der Beamten durch Gründung der Magyar Köztisztviselők Fogyasztási, Termelő és Értékesítő Szövetkezete (Konsum-, Produktions- und Verkaufsgenossenschaft der Ungarischen Öffentlichen Angestellten – MKFTÉSZ), die bis 1924 ungefähr 760 000 Menschen regelmässig versorgt hat, ferner durch Organisation der sog. „Notstandsaktionen“, durch Errichtung von Beamtenküchen und Auszahlung verschiedener Unterstützungen (Kriegshilfe, ausserordentliche Monatshilfe, monatliche Teuerungszulage usw.) zu lindern, galt dies alles nur als Oberflächenbehandlung des grundlegenden Übels.

Den Beamten der Hauptstadt versucht – neben den Landesaktionen – auch die Hauptstadt selbst zu helfen. Sie errichtet das „Fővárosi Alkalmazottak Ruházati és Háztartási Áruháza“ (Lager für Bekleidungs- und Haushaltsartikel der Hauptstädtischen Angestellten – FARHA), wo sie gegen Ratenzahlung auf Kredit einkaufen konnten. Eine besondere Hilfe bedeutete der „Fővárosi Segélyalap“ (Hauptstädtischer Hilfsfonds – FSA), der schon 1885 gegründet wurde. In der Gestaltung ihrer Lage spielte dennoch die entscheidendste Rolle der Umstand, dass die städtische Leitung ihren Stand nur sehr zögernd abbaute und dass sich die Christliche Gemeindepartei wiederholt für sie einsetzte. Im Grunde genommen begann auch bei ihnen ein rascher Verschuldungs- und Verarmungsprozess, was aus dem ziffern- und mengenmässigen Anstieg der im Laufe der Jahre aufgenommenen Anleihen und Gehaltsvorschüsse gut ersichtlich ist.²⁸

Die städtischen Beamten – und auch unter diesen in erster Linie die im Dienste der Hauptstadt stehenden – bildeten eine der wichtigsten, und auch zahlenmässig eine der grössten Beamtenschichten. Das gegenrevolutionäre System betrachtete sie als seine politische Massenbasis. Während den im Staatsdienst stehenden Beamten verboten war zu politisieren, stand den städtischen Angestellten der Weg zum politischen Erfolg frei. Für die Verteilung der städtischen Beamten nach Abstammung ist kennzeichnend, dass vor allem Kinder gewesener Beamten in die städtische Verwaltung gelangten, und hinsichtlich Bildung und Fachkenntnis waren sie den Staatsbeamten überlegen. Von den im Dienste der Hauptstadt stehenden Beamten sind 52,6 Prozent selbst Kinder von Beamten, 3 Prozent stammen aus dem Arbeiterstand (die Verhältniszahl der aus dem Arbeiter- und Bauernstand stammenden Beamten beträgt insgesamt 5 Prozent), 19,6 Prozent kommen aus den Reihen der Bourgeoisie,

während Kinder von Rechtsanwälten, Ärzten, Pädagogen usw. mit 9,8 Prozent beteiligt sind.²⁹ Was die Fachkenntnisse betrifft weisen die städtischen Beamten ein vielfältigeres Bild auf als ihre Kollegen im Staatsdienst. Während die Staatsangestellten überwiegend Rechtsabsolventen waren, rekrutierten sich die hauptstädtischen Beamten aus verschiedenen Intelligenzberufen. So standen den im Dienste der Hauptstadt stehenden 289 Juristen, 31 Philosophen, 287 Ärzte, 164 mit technischer, 83 mit landwirtschaftlicher und 87 mit sonstiger Hochschulbildung gegenüber.³⁰ Ähnlich günstig ist die Lage auch bei den niedrigeren Beamten der Hauptstadt, von denen die meisten eine Bürger-, Handels- oder Gewerbeschule absolviert haben. Die höher qualifizierten Arbeitskräfte erforderte die Geschäftsführung der Städte, die schon zu Beginn der bürgerlichen Entwicklung bestrebt waren ihren Apparat günstig auszubauen. Gewisse Unterschiede sind natürlich auch bei den einzelnen städtischen Apparaten zu verzeichnen, in ihrer Gesamtheit sind sie aber besser organisiert als die staatlichen. Hinsichtlich Fachbildung und Fachkenntnisse steht der hauptstädtische Apparat an erster Stelle.

Das gegenrevolutionäre System drängt in den ersten Jahren seines Aufbaues die offensichtlich gegenrevolutionären Kräfte, die extreme Rechte im wesentlichen zurück, ihre Tätigkeit gänzlich einzustellen ist es aber nicht fähig. Auch im Leben der Hauptstadt spielen sie eine bedeutende Rolle, vor allem durch die von Károly Wolff geführte KKP, die in ihren Parolen die Regierung angreift, den Anschein einer Oppositionspartei erweckt, tatsächlich aber das System unterstützt und aufrechterhält. Unter der Ägide dieser Partei rekrutieren sich ein Teil jener Offiziersgruppe, die Horthy zur Macht verhalf, ferner ein Grossteil des hauptstädtischen Kleinbürgertums und des Lumpenproletariats. Neben der legalen Partei brachte die Wolff'sche Gruppe eine Geheimgesellschaft zustande, die mit den funktionierenden rechtsradikalen Geheimverbänden, vor allem mit dem „Etelközi Szövetség“ (Etelközer Bund – EX) enge Beziehungen unterhielt.³¹ Die offizielle Bethlen'sche Politik versuchte schon zu Beginn diese extrem rechtsgerichteten, illegalen Organisationen aufzulösen, und als dies nicht gelang, schlug sie den Weg ein, die Geheimgesellschaften – sich in diese einbauend – von innen mit Erfolg zu zerstören. Das Tagebuch des Paters Zadravec weiss darüber zu berichten, welch ein bedeutender Machtfaktor der Etelközer Bund im Jahre 1920 war, nachdem er die kleineren Geheimorganisationen, wie die oberungarische Gesellschaft der „Honfoglalók“ (Landnehmenden) in sich verschmelzte und mit der Wolff'schen Organisation, der „Egyesült Keresztény Liga“ (Vereinigten Christlichen Liga) ein brüderliches Bündnis schloss.³² Die beiden Gesellschaften einigten sich darin, dass „sich ihre Wege nicht kreuzen werden“, ihre Leute gegenseitig nicht behelligen und sich „in den organisatorischen und brüderlichen Interessen“ gegenseitig unterstützen wollen.³³ Zu diesem Zweck bildeten sie einen aus 10 Mitgliedern bestehenden „Lenkungsausschuss“, in den von seiten des Etelközer Bundes Gyula Gömbös, Gyula Toókos, Jenő Rátz, Pater Zadravec und Károly Than delegiert wurden, während die Vereinigte Christliche

Liga durch Károly Wolff, János Bársony, Gyula Bieber, Imre Nádosy und Dr. Ágost Benárd vertreten war. Die Zusammensetzung des Ausschusses änderte sich von Zeit zu Zeit, so wie es eben die aufgeworfenen Fragen erforderten. Die Zusammenkünfte wurden in bestimmten Zeitabschnitten abwechselnd in den Wohnungen der Ausschussmitglieder abgehalten. „Ich kann erklären – schreibt Zadavec –, dass zwischen den beiden Brüderverbänden niemals ein Zwist vorkam und zwischen uns eine mustergültige, verhältnismässige Zuneigung herrschte.“³⁴ Prónay und Pater Zadavec erkannten real die offizielle Absicht Bethlens, verstehen konnten sie sie aber nicht. Daher kommt es, dass sie die Entfremdung des Systems von dem Lager der Tapferen, Selbstlosen, ihren Willen mit schonungsloser Aufrichtigkeit durchzusetzen Wollenden in erster Linie mit subjektiven Gründen erklären.³⁵ Zadavec schreibt hierüber: „Leider wurde der EX innerhalb sehr kurzer Zeit zu einer politisierenden Gesellschaft, ja zu einem Spielzeug der Politiker. ... der EX meinte der Irredenta (der Verwirklichung des Irredentismus) in der Weise zu dienen, dass er sich zum Ziel setzte die Regierung in seine Hände zu nehmen. Dies gelang ihm aber nur insofern, dass er einige Minister lieferte (Teleki, Bethlen, Ráday, Sréter, Rakovszky), oder anwarb (Bánffy, Benárd). Und als die Parlamentswahlen waren, setzte er alle Kräfte ein, dass je mehr Brüder gewählt werden. Als anlässlich der Wahlen vom Jahre 1922 Gömbös der Wahldiktator war, gelang dies sehr schön und planmässig, und es gelangten etwa siebzig Brüder (aus beiden Verbänden) in das Parlament. ... Dieser schöne Plan, die einheitliche Arbeit der verbrüdernten Abgeordneten versagte rasch, denn in der Politik zogen sie alle in verschiedene Richtungen.“³⁶ Der Ministerpräsident entfernt als erster Schritt das Militär aus den Organisationen, dann lässt er die aktivsten Anführer der äussersten Rechten (Eckhardt, Zsilinszky, Gömbös, Prónay, Hir, Héjjas) einzeln abbröckeln. Bei den Neuwahlen aber lässt er die Mitglieder der Geheimgesellschaften planmässig durchfallen, „... wodurch er den politischen Popanz des EX völlig zum bersten brachte!“³⁷ „Bei mir selbst bewunderte ich stets Bethlen, dass er den Lärm des EX richtig einzuschätzen wusste. Der Hund bellt – die Karawane zieht weiter!“ – schreibt der Pater erbittert. Und er empört sich sogar nicht mehr darüber, wie zahm „die früher so lauten, lärmenden, rebellierenden Brüder“, wie Perényi, Miklós Kozma, Ángyán, Puky, Sztranyavszky, durch die Posten, Ämter, Abgeordnetenmandate wurden, zu denen sie der Ministerpräsident verhalf. Allein die politischen Ambitionen Gömbös's hält er für übertrieben.³⁸ Anfang 1923 wird noch ein Versuch unternommen die Szegeder Traditionen der Geheimorganisation aus dem Jahre 1919 wieder aufleben zu lassen, als der „Névtelenek Szövetsége“ (Bund der Namenlosen) gegründet wurde, doch gelang es nicht die führenden Politiker für die Organisation zu gewinnen.³⁹ In Ermangelung einer politischen und materiellen Unterstützung konnte sie zu keiner besonderen Bedeutung gelangen.

Die Rathauspolitik in der Zeit von 1920 bis 1925 wurde in jeder Beziehung von den Interessen der KKP bestimmt. Daran konnten die

fast siebzig liberalen Stadtväter, die im Munizipalausschuss der Hauptstadt Platz nahmen — obwohl sie ihre Stimme häufig gegen die städtische Politik der Christlichen Gemeindepartei erhoben haben — nichts ändern. Wenn sie in der Vollversammlung lauter und kräftiger gegen Wolff und seine Partei sprachen, kam es vor, dass sie mit Gewalt aus dem Sitzungssaal entfernt wurden.⁴⁰ Die gewählten Leiter der Stadt waren in jeder Hinsicht der KKP verbunden, daher kann es nicht Wunder nehmen, dass auch Jenő Sipőcz, der Bürgermeister der Hauptstadt „eher Gefangener als Lenker“ der Hauptstadt und der herrschenden Partei war.⁴¹ Auch den Haushaltsplan der Hauptstadt bestimmten nicht die Bedürfnisse, sondern lediglich die Geschäftsbeziehungen der Partei und deren Leiter, obgleich dies das hauptstädtische Gesetz untersagte. Darauf waren sie aber immer sehr bedacht, dass in der Hauptstadt eine entsprechende Anzahl von Kirchen erbaut werde, damit das Seelenleben ihrer Anhänger nicht zu Schaden komme. Die grösseren Abgänge in den Jahresbudgets versuchten sie dadurch verschwinden zu machen, dass sie die Beträge einer Anzahl von Posten kräftig verringerten. So verringerte sich zum Beispiel der für soziale Ausgaben der Hauptstadt veranschlagte Betrag zwischen 1920 und 1923 um nahezu 100 000 Pengő und fiel von 693 000 auf 595 000 Pengő zurück.⁴² Ähnlich verhielt es sich auch bei den für Krankenhäuser aufgewendeten Beträge: 1920 wurden 3 553 000 Pengő investiert, 1923 wurden für diesen Zweck im Haushaltsplan bloss 531 000 Pengő veranschlagt.⁴³

Im Juli 1923 wählte die KKP für den vakant gewordenen Posten eines Vizebürgermeisters von den in Betracht kommenden Kandidaten den fachlich schwächsten, aber für den christlichen Kurs verlässlichsten Jenő Zilahi-Kiss, was für die Opposition einen Schlag ins Gesicht gleichkam. Dies duldeten auch die Opposition nicht mehr, und Marcell Baracs erklärte im Namen von 58 oppositionellen Ausschussmitgliedern, dass sie als Protest gegen diesen Schritt ihr Mandat zurücklegten. Die Opposition gab eine Erklärung ab, wonach der neue Vizebürgermeister „unter den Kandidaten der jüngste, in Kenntnissen der schwächste, in der Verkündung der Politik des Hasses der lauteste war“.⁴⁵ Dem Verzicht der Opposition folgte wenig später der Exodus István Bárczys aus dem Ausschuss. Damit blieb die Wolff'sche Partei völlig allein in der Vollversammlung und in den Ausschüssen.

Die Schwäche der freisinnigen und liberalen bürgerlichen Kräfte trat nun in ihrer vollen Wirklichkeit zutage. Sie sind gezwungen beizugehen, dass unter den obwaltenden Bedingungen ihre sämtlichen Aktionen — in Ermangelung einer Massenunterstützung — zum Scheitern verurteilt sind. Die christliche Stadtleitung ist nicht gewillt die Macht mit ihnen zu teilen. Im Jahre 1923 versucht die Opposition — in Vorbereitung auf die neuen hauptstädtischen Munizipalwahlen — eine einheitliche hauptstädtische Bürgerpartei zustandezubringen. Die Verhandlungen über die Parteigründung, in die sich auch Bárczy, Rassay, Ugron, Pál Sándor, Sándor Fayer und Ferenc Harrer einschalteten, begannen schon im September 1922, eine kräftigere Entfaltung der Organisierung

erfolgt jedoch erst im Sommer 1923. Am 5. August 1923 wurde in der Wohnung von Gábor Ugron über die neue Gemeindepartei verhandelt. Die Besprechungen ziehen sich derart in die Länge, dass es auch im Herbst 1923 noch nicht gelingt die bürgerliche Gruppenbildung unter Dach und Fach zu bringen. Das Hauptproblem besteht darin, dass sich die Führer der liberalen und freisinnigen Opposition darüber nicht einigen können, wen die neue Partei in sich vereinigen, inwieweit eine Unterstützung seitens der Regierung angenommen und welches politische Programm vertreten werden soll. Neben der Harrer'schen Gruppe versucht daher auch Jenő Kozma eine die Regierung unterstützende Gemeindepartei ins Leben zu rufen, aber auch Lajos Kollár und Samu Glückstahl unternehmen einen diesbezüglichen Versuch. Während Kollár Vázsonyi für die Organisierung gewinnen möchte, will Glückstahl mit Ugron und Szterényi zusammenwirken. Bárczy hält er für die gemeindepolitische Leitung schon für ungeeignet. Bethlen vertritt den Standpunkt, dass in der hauptstädtischen Politik eine Partei auftreten soll, die mit der Regierung eng zusammenarbeitet. Für deren Leiter würde er Ferenc Ripka oder Gedeon Ráday am besten geeignet halten.⁴⁶ Ferenc Harrer arbeitet zwar den Programmentwurf der Gemeindepartei der bürgerlichen Gruppierung aus, der betont, dass es sich um eine bürgerliche Partei handelt, dass sie aber auch bereit sind für die Interessen anderer Klassen zu kämpfen. Die Bezeichnung der Partei wäre „Új Községi Párt“ (Neue Gemeindepartei), und durch die hauptstädtische Politik wünsche sie einen Einfluss auf die Politik des Landes auszuüben. „Der Dienst am Allgemeininteresse des Bürgertums ... erfordert unsere unmittelbare Mitarbeit nicht nur im Leben der Gemeinde und des Munizipiums, sondern auch in der Landespolitik“ – besagt der Programmentwurf.⁴⁷ Das Ziel der Partei formuliert er folgendermassen: „Unsere Ziele sind die ewigen, grossen Bestrebungen der Menschheit: materielles Wohlergehen, kultureller Fortschritt, Rechtsordnung, ethische Erhabenheit und Gefühlsharmonie“.⁴⁸ Er erklärt, dass die Organisierung für die folgenden Munizipalwahlen der Hauptstadt erfolgt. Infolge der bereits erwähnten Gründe hatte die Organisierung keinen Erfolg, aber auch die für Ende 1923 geplanten Gemeindewahlen werden verschoben. Nur Ferenc Heinrich gelingt es am 7. November 1923 die „Nemzeti Polgári Párt“ (Nationale Bürgerliche Partei) ausdrücklich für die Gemeindepolitik und für die Gemeindewahlen zu gründen.⁴⁹ Die bürgerliche Organisation rückt immer mehr in den Hintergrund, die einzelnen Parteiführer verbleiben im Rahmen ihrer bisherigen Partei und nehmen von der Bildung einer einheitlichen bürgerlichen Front Abstand.

Am 31. Dezember 1923 lief zwar das Mandat des Munizipalausschusses der Hauptstadt ab, doch die Regierung schreibt die Neuwahlen mit der Begründung nicht aus, dass es nötig sei bezüglich der Hauptstadt ein neues Gesetz zu schaffen, dieses wurde jedoch nicht fertiggestellt. Der Munizipalausschuss wird aufgelöst, an die Spitze der Hauptstadt wird ein Regierungskommissar bestellt, und die Führung der Geschäfte übernimmt der hauptstädtische Magistrat, in dem auch weiter die KKP die Leitung innehat. Neben dem Magistrat setzen auch der Verwaltungs-

ausschuss und der Zentralaussschuss ihre Tätigkeit fort, und führen zum Teil die Geschäfte der Hauptstadt. Die Ausarbeitung und die Parlamentsdebatte des Gesetzantrags kann erst 1924 beginnen. Die Wahlen erfahren dadurch voraussichtlich eine Verzögerung von etwa eineinhalb Jahren, und können erst im Frühjahr oder Sommer 1925 durchgeführt werden, wodurch die Herrschaft des christlichen Kurses in der Hauptstadt um eineinhalb Jahre verlängert wird.

So entfaltete sich die offizielle Verwaltungspolitik der Gegenrevolution, die sich immer mehr nach rechts verschob, den Ausbau des ungarischen Faschismus bezweckte, und die in vielen Belangen die Prämisse des Zustandbringens des Landesapparats war, vor allem aber als deren Muster diente. Das gesamte Staatsleben des Horthy-Faschismus schuf in den zwanziger Jahren jene Grundlage, auf die er dann seine verhasste Macht aufbaute und festigte. Vom Gesichtspunkt unseres Themas aus war es wichtig hier länger zu verweilen, und die charakteristischen und wichtigsten Momente im Medium der Hauptstadt darzustellen.

ANMERKUNGEN

- ¹ Fővárosi Közlöny. 15. August 1919. S. 585–587.
- ² Belügyi Közlöny 1919. S. 1139. — Verordnung Nr. 3.886/1919. M.E.
- ³ Párttörténeti Intézet Archivuma (Archiv des Institutes für Parteigeschichte) Polgármesteri gyűjtemény — 120 658/1919 — I. plg. m. rendelet.
- ⁴ Harrer, F.: Egy magyar polgár élete (Das Leben eines ungarischen Bürgers). Bd. I. Gondolat. 1968. S. 464.
- ⁵ Eine genaue Beschreibung der Wahl des Reichsverwesers finden wir im Tagebuch des Pál Prónay. — Határban a halál kaszája ... Fejezetek Prónay Pál feljegyzéseiből (In der Flur mäht der Tod ... Abschnitte aus den Aufzeichnungen Pál Prónay's). Kosuth. 1963. S. 175–178.
- ⁶ Népszava. 6. November 1919.
- ⁷ Siehe: Balogh, S.—Szabolcs, O.: Pedagógusok a két világháború között (Pädagogen zwischen den beiden Weltkriegen). Budapest, 1963. — Szabolcs, O.: Budapest tisztviselőrétegei az ellenforradalmi rendszer első évtizedében (Die Beamtenschichten von Budapest im ersten Jahrzehnt des gegenrevolutionären Systems). Akadémia, 1963.
- ⁸ Magyar Törvénytár. 1920. évi törvények (Gesetzartikeln des Jahres 1920). Franklin, Budapest, 1921. — Az 1920. évi IX. tc. (G.A. IX. v.J. 1920). S. 29–34.
- ⁹ A.a.O. S. 29.
- ¹⁰ A.a.O., S. 30.
- ¹¹ A.a.O. S. 30–31.
- ¹² A.a.O. S. 33.
- ¹³ Nemes, D.: Az ellenforradalom története Magyarországon 1919–1921 (Geschichte der Gegenrevolution in Ungarn 1919–1921). Akadémiai Kiadó. Bpest. 1962. S. 276.
- ¹⁴ A.a.O. S. 275.
- ¹⁵ Hamvas, J.: Budapest megújulása 1924–1933. Kortörténeti vázlat (Die Wiedergeburt von Budapest 1924–1933. Zeitgeschichtliche Skizze). A szerző kiadása. Bpest, 1942. S. 24.
- ¹⁶ Szabolcs, O.: Köztisztviselők az ellenforradalmi rendszer társadalmi bázisában 1920–1926 (Öffentliche Beamten in der Basis des gegenrevolutionären Systems 1920–1926). Akadémiai Kiadó, Budapest. 1965. S. 100.
- ¹⁷ Harrer, F.: Egy magyar polgár élete (Das Leben eines ungarischen Bürgers). a.a.O. S. 466.
- ¹⁸ Szabolcs, O.: Köztisztviselők ... (Öffentliche Beamten ...) a.a.O. S. 45.
- ¹⁹ Pécsvárad, J.: A Horthy-rendszer testületi önkormányzatairól. Tanulmányok a Horthy-korszak államáról és jogáról (Die Körperschaftsautonomien des Horthy-Regimes. Stu-

- dien über Staat und Recht der Horthy-Ära). Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó. Budapest. 1958. S. 95.
- ²⁰ Magyar Törvénytár, 1920. évi törvények (Ungarische Gesetzsammlung, Gesetzartikel des Jahres 1920). Franklin, Budapest, 1921.
- ²¹ Magyar Törvénytár, 1924. évi törvények (Ungarische Gesetzsammlung, Gesetzartikel des Jahres 1924). Franklin, Budapest, 1925.
- ²² Magyar Törvénytár, 1930. évi törvények (Ungarische Gesetzsammlung, Gesetzartikel des Jahres 1930). Franklin, Budapest, 1931.
- ²³ Magyar Törvénytár, 1929. évi törvények (Ungarische Gesetzsammlung, Gesetzartikel des Jahres 1929). Franklin, Budapest, 1930.
- ²⁴ Szabolcs, O.: Köztisztviselők ... (Öffentliche Beamten ...). a.a.O. S. 8.
- ²⁵ A.a.O. S. 9.
- ²⁶ Weis, I.: Tisztviselők válsága (Krise der Beamten). Magyar Tisztviselők Lapja. 31. Dezember 1919.
- ²⁷ Szabolcs, O.: Köztisztviselők ... (Öffentliche Beamten ...). a.a.O. S. 52–53.
- ²⁸ A.a.O. S. 18. — Das Ausmass der Verschuldung veranschaulicht folgende statistische Aufstellung über die Zahl der aufgenommenen Anleihen gut: 1920: 1 957; 1921: 4 379; 1922: 5 722; 1923: 10 865; 1924: 31 843; 1925: 48 472. Der Betrag der Anleihen erreichte im Jahre 1925 — auf Pengő umgerechnet 9 575 600 P.
- ²⁹ A.a.O. S. 11–12.
- ³⁰ A.a.O. S. 46.
- ³¹ Die Tätigkeit der extrem rechts gerichteten Geheimgesellschaften siehe: die Tagebücher von Pál Prónay und Páter Zadravecz.
- ³² Páter Zadravecz titkos naplója (Das geheime Tagebuch des Paters Zadravecz). Kossuth. 1967. S. 133.
- ³³ A.a.O.
- ³⁴ A.a.O.
- ³⁵ Határban a halál kaszál ... (In der Flur mäht der Tod ...). a.a.O. S. 324.
- ³⁶ Páter Zadravecz titkos naplója (Das geheime Tagebuch des Paters Zadravecz). a.a.O. S. 140–141.
- ³⁷ A.a.O.
- ³⁸ A.a.O.
- ³⁹ A.a.O. S. 188–189. — Die Geheimorganisation wurde am 25. Januar 1923 gegründet. Ihr Ziel ist dem Irredentismus zu dienen. Ihr Deckorgan war der „Honszeret Egyszülete“ (Verein der Vaterlandsliebe). Unter den gründenden Mitgliedern finden wir Pál Prónay, Lajos Windischgrätz, P. Arkangyal Bónis, György Hir, Miklós Budaházy, aber Károly Wolff schloss sich nicht an. Am 31. Januar suchten Nádosy und P. Zadravecz den Ministerpräsidenten auf und überreichten ihm das Protokoll der konstituierenden Versammlung und die Statuten der „Névtelenek“ (Namenlosen). Nach wenigen Tagen ernannte zwar István Betlen Pál Teleki zum Verbindungsmann zwischen der Regierung und dem Bund, tatsächlich unterstützte er aber Zadravecz und seine Gesellschaft nicht.
- ⁴⁰ Kiss, Gy.: A budapesti várospolitiká 1873–1944. Második átdolgozott kiadás (Die Budapester Stadtpolitik. Zweite umgearbeitete Auflage). Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó. 1958. S. 243. — So geschah es, dass die oppositionellen Mitglieder des Ausschusses am 29. September 1920, von der Sitzung einfach hinausgedrängt wurden.
- ⁴¹ Hamvas, J.: Budapest megújodása (Die Wiedergeburt von Budapest). a.a.O. S. 23.
- ⁴² Halász, Á.: Budapest húsz éve 1920–1939 (Budapests zwanzig Jahre 1920–1939). Budapest, 1939. S. 162.
- ⁴³ A.a.O. S. 338.
- ⁴⁴ A.a.O. S. 344.
- ⁴⁵ Kiss, Gy.: a.a.O. S. 249.
- ⁴⁶ Harrer, F.: a.a.O. S. 479–484.
- ⁴⁷ A.a.O. S. 479.
- ⁴⁸ A.a.O.
- ⁴⁹ A.a.O. S. 484.